

Antragsbereich M / **Antrag M1**

AntragstellerInnen: Bezirk Oberpfalz

Empfänger: BayernSPD-Landesgruppe
der BTF

Bundesparteitag Bundestagsfraktion

Landesparteitag S&D-Fraktion im EP

M1: Keine Erpressung durch Lukaschenka zulassen - humanitäre Katastrophe verhindern: Flüchtlinge an der belarussisch-polnischen Grenze unverzüglich aufnehmen

Tausende Menschen, die Opfer von Flucht und Vertreibung wurden, harren an der belarussisch-polnischen Grenze aus und sind bei Temperaturen um den Gefrierpunkt und ohne ausreichend Versorgung mit Nahrungsmittel und Medikamenten dem Tod hilflos ausgeliefert. Es ist nicht nur ein humanitärer Akt, sondern auch moralischer Anspruch der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten EU, den Menschen sofort und unverzüglich zu helfen, sie aufzunehmen und zu versorgen. Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen (Länder, Bund, Europa) dafür ein, schnell und unbürokratisch zu helfen.

Begründung

Die außenpolitische Provokation des Diktators Lukaschenka ist ganz offensichtliche eine Reaktion auf die verschärften Sanktionen der EU gegen Belarus. Doch eine Provokation und Erpressung kann nur funktionieren, wenn man sich auf das grausame und zynische Spiel einlässt, in dem Lukaschenka die Opfer von Flucht und Vertreibung als Druckmittel nutzen möchte. Nimmt man die Menschen auf, hat Luka-

schenko auch kein vermeintliches Druckmittel mehr.
Deutschland und die EU können diese humanitäre
25 Katastrophe nicht ignorieren. Es dürfen nicht schon
wieder Menschen vor den Toren Europas sterben,
während wir dabei zusehen. Es sind wenige Tausend
Menschen, die an der belarussischpolnischen Gren-
zen verharren und mit dem Tod konfrontiert sind. Für
30 Deutschland wäre es ein leichtes, die Menschen auf-
zunehmen und zu versorgen. Wünschenswert wäre
natürlich, dass die EU als Einheit agiert.